

WER WENN NICHT WIR

Im Gespräch mit
Umweltbundesministerin
Steffi Lemke

DAS INTERVIEW FÜHRTE Dr. Torsten Raynal-Ehrke





Wohl keine Bundesregierung war wie die heutige gezwungen, kaum im Amt alle ihre Pläne auf den Prüfstand zu stellen und neuen Herausforderungen anzupassen. Das Ministerium umbauen, die Zusammenarbeit mit anderen Ministerien auf eine neue Grundlage stellen, anspruchsvollste Gesetzgebungsarbeit innerhalb kürzester Zeit leisten – die Redaktion von K 22 ist sehr dankbar, dass Umweltministerin Steffi Lemke sich trotz dieser Fülle an Aufgaben Zeit genommen hat, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir danken für die Wertschätzung, freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, und wünschen, dass alle Pläne ihre volle Umsetzung erfahren.

K 22: Frau Ministerin, Ihr Amtsantritt als neue Bundesumweltministerin fiel nahezu zusammen mit einer politischen ‚Zeitenwende‘, die uns alle zwingt, einige zentrale politische Gewissheiten zu hinterfragen.

Meine Frage zum Auftakt: Werden die Themen biologische Vielfalt und Artenschutz – anders als Sie es sich vorgenommen haben – angesichts der übergroßen Herausforderungen des Klimaschutzes und der Energiesouveränität in der politischen Dringlichkeit zunächst einen Schritt zurücktreten müssen?

Steffi Lemke: Sie haben Recht: Wir sprechen derzeit über Natur- und Umweltschutz vor dem Hintergrund einer geopolitischen Zeitenwende. Und da gibt es auch diejenigen, die fordern, aufgrund der akuten Krise die Bekämpfung der ökologischen Krisen erstmal zurückzustellen oder Aufwind für ihre veralteten Maßnahmen wittern. Denken Sie etwa an Forderungen nach längeren AKW-Laufzeiten, an den Vorschlag, unkonventionelles Fracking zu erlauben oder die Forderung, wieder verstärkt Pestizide

einzusetzen, um mehr Erträge zu bekommen. Das sind doch keine Lösungen für eine nachhaltige Zukunft!

Wir können diese Krisen nur gemeinsam lösen. Denn wir haben weder die Zeit noch die Ressourcen, sie nacheinander abzarbeiten. Bei der Klimakrise und beim Artenaussterben geht es um die Grundlage unserer Existenz.

Der Angriffskrieg Russlands führt uns doch unsere Abhängigkeit von fossiler Energieversorgung, unsere

intensive Nutzung von Ressourcen noch einmal schmerzhaft vor Augen. Genau deshalb müssen wir Ressourcen sparen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben – auf naturverträgliche Art und Weise. So wie es das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium vereinbart haben.

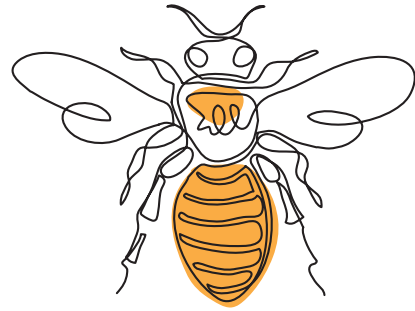
K 22: *Zwei-, dreimal im Jahr schafft es der Artenschutz in die „großen Nachrichten“, zumeist mit der Meldung, dass das massive Artensterben weiter voranschreitet.*

„Bei der Klimakrise und beim Artenaussterben geht es um die Grundlage unserer Existenz. Wir haben weder die Zeit noch die Ressourcen, sie nacheinander abzarbeiten.“



Für Ihre Partei, die GRÜNEN, ist der Schutz der Natur ein konstituierendes und zentrales politisches Narrativ – in Bund, Ländern und Kommunen.

Daher unsere nächste Frage: Welchen Arten sollte es zukünftig besser gehen als heute? Und wie kann das gelingen?



Steffi Lemke: Die neue Bundesregierung ist angetreten, um den Klima- und Naturschutz voranzubringen und die Naturzerstörung zu stoppen. Und es geht ja hierzulande vor allem solchen Arten besonders schlecht, die in der Agrarlandschaft leben. Das betrifft Kiebitz und Rebhuhn oder Schmetterlinge und andere Insektenarten, weil sie auf blütenreiche Wiesen und Weiden angewiesen sind. Aber diese wichtigen Ökosysteme gibt es wegen der intensiven Landwirtschaft immer seltener. Um ihre Erhaltungszustände zu verbessern, muss dringend gehandelt werden. Einen wichtigen Beitrag wird das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz leisten. Damit wollen wir natürliche Ökosysteme wie Moore, Auen, Böden oder Wälder schützen, stärken oder

„Bis 2026 werden wir vier Milliarden Euro für den natürlichen Klimaschutz bereitstellen.“



wiederherstellen. Das hilft nicht nur der Artenvielfalt, sondern schützt gleichzeitig das Klima und reguliert den Wasserhaushalt. Bis 2026 werden wir dafür vier Milliarden Euro bereitstellen – das ist ein Quantensprung für den Natürlichen Klimaschutz.

K 22: *Welchen Beitrag zum Artenschutz, Frau Ministerin, können wir eigentlich von Ihren Kabinettskolleginnen und -kollegen erwarten? Tiere kommen ja nicht nur an Windenergieanlagen zu Schaden. Sie leiden auch unter einer intensiven Landwirtschaft, unter Monokulturen – etwa für die Futtermittelherstellung –, kommen auf Verkehrswegen und an Glasfenstern zu Tode oder durch Lichtverschmutzung. Wie kommen wir auch voran in Richtung eines alle Ressorts und Nutzungen „überwölbenden“ Biodiversitäts- und Artenschutzes?*

Steffi Lemke: Die sozial-ökologische Transformation ist eine Aufgabe, die sich die Regierung als Ganzes auf die Fahnen geschrieben hat. Das merkt man zum Beispiel auch am frischen

Wind im Landwirtschaftsministerium, wo es plötzlich bei Themen wie Nitrat, Tierwohl, Moorschutz oder beim Umgang mit Pestiziden, neue Vorstöße gibt, bei denen der Umweltschutz ganz oben steht und wir gemeinsame gute Lösungen finden. Das lange schwelende EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nitratrichtlinie und belasteten Grundwasser konnten das BMEL und mein Haus nun endlich gemeinsam lösen. Oder im Entwicklungsministerium, das verstärkt auf Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt setzt.

Für das Umweltministerium kann ich ankündigen, dass es eine Neuauflage unserer Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt von 2007 geben wird. Sie ist eine Strategie der gesamten Bundesregierung und das zentrale Instrument, um die neuen globalen Biodiversitätsziele bei uns im Land umzusetzen, die hoffentlich im Dezember auf der Weltnaturkonferenz verabschiedet werden. Auch die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie werden mit der Nationalen Biodiversitätsstrategie umgesetzt.

Sobald die neue globale Vereinbarung zum Schutz der Biologischen Vielfalt beschlossen wurde, werden wir unseren Entwurf aus dem Umweltministerium für die neue nationale Strategie zur Diskussion stellen.

K 22: *Die neue Bundesregierung wird im Artenschutz deutlich stärker als bisher auf bundeseinheitliche Regelungen und Auslegungen setzen. Wie Sie kürzlich betont haben, nicht im Sinne einer Absenkung von Standards, sondern der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen. Welche Rolle werden dann noch die bestehenden Formen der Bund-Länder-Kooperation, wie etwa der sogenannte UMK-Prozess¹ zum Signifikanzrahmen, spielen?*

Steffi Lemke: Die Arbeiten des UMK-Prozesses wurden bei der Erarbeitung des Eckpunktepapiers zur Beschleunigung des naturverträg-

lichen Ausbaus der Windenergie an Land, das BMUV² und BMWK³ gemeinsam erarbeitet haben, und des Gesetzesentwurfs natürlich berücksichtigt. Das gilt vor allem für den Signifikanzrahmen. Als Umweltministerium schlagen wir vor, den UMK-Prozess fortzuführen. Natürlich in Abhängigkeit von den gesetzgeberischen Entwicklungen auf Bundesebene und verbunden mit entsprechend angepassten Arbeitsaufträgen für die jeweiligen Unterarbeitsgruppen.

K 22: *Große Hoffnungen richten sich auf das im Koalitionsvertrag vereinbarte Instrument des Artenhilfsprogramms. Wenn dieses zu einer Stabilisierung des Erhaltungszustandes bestimmter Arten beiträgt – so die Erwartung –, sollte das auch die Genehmigung von Windenergieanlagen erleichtern. Welche Pflöcke konnten Sie hier bereits einschlagen?*

-
- 1 Gemeint ist die Fachministerkonferenz der Umweltministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren des Bundes und der Länder (Anm. d. Red.).
 - 2 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Anm. d. Red.).
 - 3 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Anm. d. Red.).

Steffi Lemke: Schon im Koalitionsvertrag haben wir deutlich gemacht: Diese Bundesregierung tritt an für Klimaschutz und für Artenvielfalt. Deshalb bringen wir jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Natur- und Artenschutz zusammen.

Das Artenhilfsprogramm wird dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Mit ihm werden besonders die Arten auf See und an Land geschützt, die bei einem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien beeinträchtigt werden könnten beziehungsweise schon jetzt beeinträchtigt werden. Auf diese Weise sichern wir das europarechtlich vorgegebene Ziel eines günstigen Erhaltungszustandes.

Im Bundeshaushalt wurden für das Programm 82,4 Millionen Euro bis

2026 bereitgestellt. Dazu kommen finanzielle Beiträge der Betreiber, deren Höhe sich im Moment noch nicht abschätzen lässt. Auf See und beim Schutz der Arten auf ihren internationalen Zugrouten ist der Bund allein zuständig. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir neue Maßnahmen entwickeln und möglichst ohne großen bürokratischen Aufwand ab 2023 umsetzen.

K 22: *Der Ausbau der Photovoltaik schreitet in der Fläche voran, es entstehen große bis sehr große Solarparks. Wird Ihr Ministerium für diese verbindliche Naturschutzkriterien vorgeben oder setzen Sie hier auf die konkreten Verhandlungen zwischen Kommunen und Betreibern?*



„Wir schlagen vor, den UMK-Prozess fortzuführen.“

Steffi Lemke: Es ist klar, dass wir einen weiteren Ausbau der Photovoltaik brauchen, wenn wir die ambitionierten Ausbauziele der erneuerbaren Energien erreichen wollen. Dafür müssen Dach- und Parkplatzflächen primär und verstärkt genutzt werden. Auch Freiflächen werden einbezogen werden.

Für die konkrete Planung von Anlagenstandorten und die Genehmigung von Freiflächen-PV-Anlagen sind die jeweiligen Behörden der Länder bzw. der Kommunen zuständig. Das gilt auch für die Ausgestaltung des Schutzes von Natur und Landschaft. Deshalb brauchen wir Leitlinien für Kommunen und Betreiber, die einen naturverträglichen Freiflächen-PV-Ausbau unterstützen.

Bis jetzt ist die PV-Nutzung auf wiedervernässten, vormals landwirtschaftlich genutzten Moorböden, noch nicht breit erprobt. Wir haben ehrgeizige Ziele für die Wiedervernäsung von Moorböden und wollen auf

vielen Flächen eine angepasste Nutzung ermöglichen. Durch die Förderung von Photovoltaik-Anlagen auf wiedervernässten Moorböden werden wir zum Beispiel über das EEG⁴ zusätzliche Anreize für die Wiedervernäsung setzen.

K 22: *Der Klimawandel schreitet sichtbar und fühlbar voran. Die Klimaforschung verweist auf die Dringlichkeit, umfangreiche Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Hitzebelastungen, Wassermangel und trockene Böden haben Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Arten, auf Lebensbedingungen und Verhaltensweisen der Pflanzen und Tiere. Welche Maßnahmen wollen Sie auf den Weg bringen?*

Steffi Lemke: Die trockenen Sommer der letzten Jahre und die verheerenden Starkregenniederschläge im Juli 2021 haben gezeigt, mit welcher Wucht sich die Klimakrise auch in Deutschland auswirkt. Deshalb ist ein erheblicher

4 Gemeint ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (Anm. d. Red.)

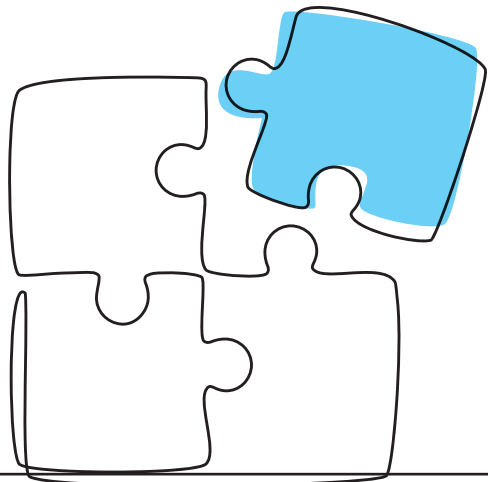
Umbau- und Anpassungsprozess von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt erforderlich, um Deutschland klimafest zu machen und die Lebensqualität in Deutschland auch für künftige Generationen zu sichern. Dazu braucht es alle staatlichen Ebenen.

Ich habe die Vorsorge und die Anpassung an die Folgen der Klimakrise daher zu einem Schwerpunkt meiner Arbeit gemacht. Das Bundesumweltministerium wird in dieser Legislaturperiode unter anderem ein Klimaanpassungsgesetz vorlegen und die bestehende Deutsche Anpassungsstrategie zu einer vorsorgenden

Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen weiterentwickeln. Und wir werden die gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern für Klimaanpassung und Naturschutz verankern. Mit dem Sofortprogramm Klimaanpassung vom März 2022 haben wir einen ersten Meilenstein erreicht.

Auch das schon erwähnte Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) knüpft da an. Denn Natürlicher Klimaschutz ist die Verbindung zwischen Klimaschutz, Klimaanpassung und der Erhalt der biologischen Vielfalt.

„Ich habe die Vorsorge und die Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu einem Schwerpunkt meiner Arbeit gemacht.“



K 22: *Das langfristige Überleben der Arten und Populationen setzt genetische Diversität voraus, die die notwendigen Anpassungsprozesse an eine sich stetig ändernde Umwelt ermöglicht. Große Bedeutung kommt hier dem nationalen Biotopverbund zu. Welche Schwerpunkte wollen Sie hier in den kommenden Jahren setzen?*

Steffi Lemke: Die neue EU-Biodiversitätsstrategie betont zurecht, wie wichtig ökologische Korridore für den Zustand von Natur und Landschaft sind. Wir als Bund wollen weiterhin Länder, Regionen und Kommunen bei der Entwicklung und Sicherung solcher Verbundstrukturen in der Landschaft unterstützen. Mit dem Bundesprogramm Blaues Band Deutschland leisten wir zum Beispiel einen Beitrag zur Verbesserung der Biotopvernetzung an Bundeswasserstraßen. Wir haben damit einen Prozess zur Renaturierung von Auen gestartet, der jetzt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten umgesetzt werden muss.

Das Ziel, zwei Prozent der Landesfläche für großflächige Wildnisgebiete zu sichern, ist immer noch aktuell. Denn wir brauchen große Gebiete, in denen sich die Natur weitestgehend unbeeinflusst und natürlich entwickeln kann. Über den Wildnisfonds im Bundesnaturschutzfonds können Flächen angekauft oder eingetauscht werden oder es wird ein Ausgleich gezahlt, wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden. Damit helfen wir, bestehende Wildnisgebiete zu ergänzen und neue zu sichern.



K 22: *Sie sind bekanntermaßen seit vielen Jahren sehr engagiert im internationalen Kampf gegen das Artensterben und für biologische Vielfalt. Regelmäßig finden hierzu Treffen im Rahmen der Vereinten Nationen statt. Wo steht die Weltgemeinschaft in ihrem gemeinsamen Kampf?*

Steffi Lemke: Auf globaler Ebene ist die Weltworldnaturkonferenz der nächste Meilenstein. Dort soll ein neuer globaler Rahmen für biologische Vielfalt beschlossen werden. Es ist wichtig, dass dort konkrete, messbare und überprüfbare Ziele

verabschiedet werden. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Verhandlungen ist eine angemessene Finanzierung. Beim Treffen mit den G7-Umweltministerinnen und -ministern im Mai haben wir uns deshalb unter anderem verpflichtet, die nationalen und internationalen Mittel für den Naturschutz bis 2025 erheblich zu erhöhen. Die Staatschefs der G7-Staaten haben dieses Ziel auf dem G7-Gipfel in Elmau noch einmal bekräftigt.

Es ist klar: Die Weltnaturkonferenz im Dezember muss eine Trendwende für die Biodiversität bringen. ■

ZUR BUNDESMINISTERIN



Steffi Lemke ist seit 2021 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Geboren und aufgewachsen in Dessau, studierte sie ab 1988 Agrarwissenschaften in Berlin. 1989 gründete sie die GRÜNE Partei der DDR mit. Von 1994 bis 2002 war sie für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, die letzten vier Jahre davon als parlamentarische Geschäftsführerin. Seit 2013 ist Steffi Lemke wieder Mitglied des Bundestages und war bis 2021 Parlamentarische Geschäftsführerin und Naturschutzpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion.